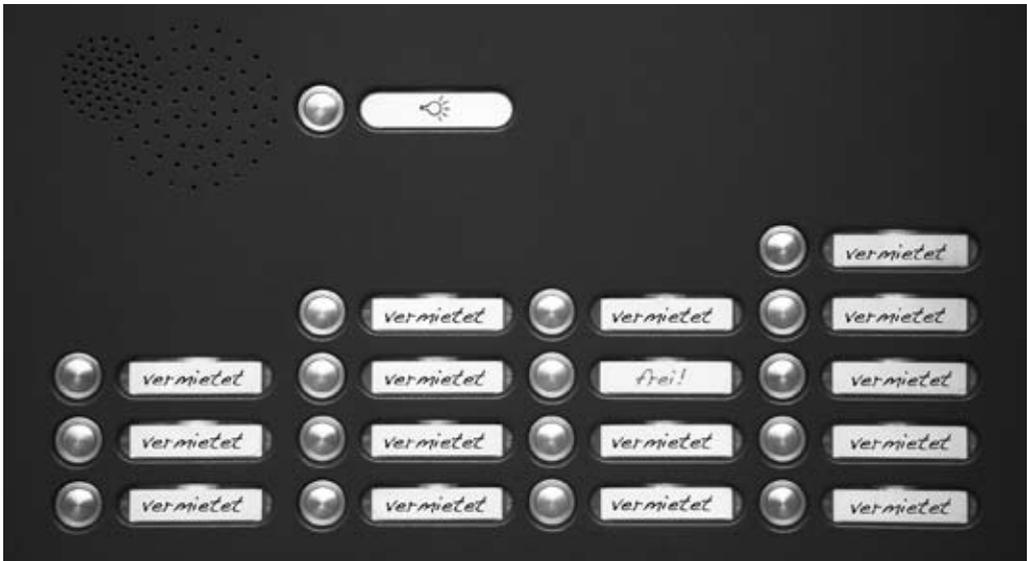


Integrative Stadtpolitik

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Myriam Riedel, Sarah Ryglewski und Thilo Scholle

Foto: www.fotolia.com, © Sunny Images



Der 22. September 2013 war für die Sozialdemokraten ein Schock. Zum zweiten Mal in Folge ist es der SPD nicht gelungen, über die „30 Prozent-Marke“ zu springen und auch der Blick auf Deutschlandkarte mit der Einteilung der Wahlkreise sieht düster aus. Nur vereinzelt tauchen rote Flecken aus der schwarzen Fläche auf. Wer aus der Bundestagswahl die richtigen Schlüsse ziehen möchte, der sollte dennoch nicht den Blick entsetzt abwenden. Vielmehr ist es notwendig, sich die Struktur der roten Flecken genauer anzuschauen und auch zu betrachten bei welchen Wahlen die SPD in den letzten Jahren erfolgreich gewesen ist.

Die SPD als Großstadtpartei?

Bei genauem Hinsehen lässt sich nämlich durchaus ein Muster erkennen: Der typische SPD-Wähler ist besonders häufig in

einer (Groß-) Stadt zu finden. So lagen 42 der 58 durch die SPD gewonnenen Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2013 in einer Stadt über 100.000 Einwohnern und unter den fünf Bundesländern, in denen die SPD Zweitstimmenergebnisse über dreißig Prozent erreichte, befinden sich mit Bremen (35,7 Prozent) und Hamburg (32,4 Prozent) zwei von drei Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen, in dem 29 der 80 deutschen Großstädte liegen. Auch der Blick auf die letzten Kommunalwahlergebnisse zeigt, dass die SPD, wieder, eine Großstadtpartei ist. So haben mit Ausnahme von Stuttgart, Düsseldorf und Dresden alle 13 Städte über 500.000 Einwohner einen SPD-Bürgermeister bzw. eine SPD-Bürgermeisterin. Das war 2009 noch ganz anders. Damals stellte die SPD nur sieben von 15 Bürgermeistern. Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Städten ist es also offensichtlich gelungen politische Angebote zu

entwickeln, die auch ehemalige Wählerinnen und Wähler des konservativen Lagers überzeugen. Wer linke Politik auch in Deutschland wieder mehrheitsfähig machen möchte, kommt daher nicht drum herum, sich mit sozialdemokratischer Großstadtpolitik zu befassen. Was die genauen Gründe für diese sich herausbildende Hegemonie sind, und was notwendig ist um sie zu erhalten und was die Grenzen dieses Politikansatzes sind beleuchtet Björn Böhning in seinem Artikel „Die ‚gute‘ Stadt – Hegemoniefähigkeit in großen Städten“. Wichtig ist es, so Böhning, neben der personellen Milieubindung „den Wertekanon sozialdemokratischer Stadtpolitik zeitgemäß und vor allem mit dem entsprechenden Lokalkolorit in der Stadtgesellschaft zu verankern.“ Nicht nur für bezahlbares Wohnen, sondern auch für gute Arbeit muss sich die Politik in der Stadt engagieren

Die gesellschaftliche Bedeutung der Städte

Nicht nur aus machtpolitischen Gründen lohnt sich der Blick auf die Großstädte. Zwar lebt ein Großteil der deutschen Bevölkerung weiterhin auf dem Land oder in Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohnern. Eine Politik, die nur auf die Bedürfnisse und Gegebenheiten großstädtischer Milieus orientiert ist, wäre nicht nur machstrategisch verfehlt, sondern würde auch an den Bedürfnissen großer Teile der Bevölkerung vorbei gehen. Aber ein Verständnis von Stadt, das diese auf die unmittelbaren Funktionen, die sie für ihre Einwohnerinnen und Einwohner erfüllen, beschränkt, greift ebenfalls zu kurz. Städte und insbesondere Großstädte als Oberzentren, stellen wichtige Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie spezialisierte Gesundheitsdienstleistungen, (Hoch-) Schulbildung etc., auch für die Bewohnerinnen und Bewohner des Umlandes bereit. Sie sind darüber hinaus auch als weiterhin Wirtschaftsraum mit vielen Arbeitsplätzen relevant. Sozialdemokratie als Ganzes muss sich also der Frage stellen, welche Art der Stadtentwicklung

und insbesondere welche Finanzausstattung Städte brauchen, damit sie diese Aufgaben erfüllen können. Dies ist gerade deswegen der Fall, weil die institutionellen Einflussmöglichkeiten der Städte in der föderalen Bundesrepublik, gemessen an der Bedeutung, die sie für die Lebenswirklichkeit der Menschen haben, nicht gerecht werden. Dies gilt umso mehr, als gesellschaftliche Herausforderungen wie Migration, (Langzeit-) Arbeitslosigkeit, (Kinder-) Armut etc. zwar keine alleinigen Phänomene der Städte sind, hier aber oft zuerst und mit besonderer Intensität auftreten. Man kann in diesem Zusammenhang auch von einer Sensorfunktion der Stadt sprechen. So liegt die Quote der Armutsgefährdung mit Ausnahme von Hamburg, München und Stuttgart in allen Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern über 15 Prozent. In Duisburg und Dortmund sind sogar mehr als ein Viertel der Menschen von Armut bedroht. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote und den Anteil von Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung. Auch hier liegen die Werte der 15 größten deutschen Städte weit über dem Durchschnitt.

Chancen und Risiken der Stadtgesellschaft

Die Gründe, warum viele Probleme in Großstädten besonders hervortreten, sind vielfältig und teilweise, zumindest auf den ersten Blick, widersprüchlich. So ist das Leben in der Stadt gerade für Migrantinnen und Migranten und finanziell schwächere Menschen attraktiv. Die im Vergleich zu ländlichen Regionen gut ausgebaute soziale Infrastruktur bietet diesen Menschen ein Netz an Hilfeleistungen, das sie in ihrer schwierigen Lebenssituation unterstützt. Hinzu kommen ein in der Regel größeres Angebot an Arbeitsplätzen und im Bezug auf Migrantinnen und Migranten evtl. das Vorhandensein einer Community, aus dem Herkunftsland, die ihnen möglicherweise Unterstützung bieten kann. Doch diesen Vorteilen steht auch eine Reihe von Nachteilen gegenüber. Dazu gehören das Konfliktpoten-

tial vieler Menschen auf wenig Raum, höhere Mieten und Lebenshaltungskosten und die geringere Belastbarkeit sozialer Bindungen. Sie kommen insbesondere dann zum Tragen, wenn die Stadt die an sie gerichteten Erwartungen nicht erfüllt bzw. nicht erfüllen kann. So sind öffentliche Einrichtungen und Programme oft unterfinanziert, nicht oder nicht im ausreichenden Maße vorhanden oder das Arbeitsplätze sind insbesondere für geringqualifizierte in Menschen vorhanden und so schlecht bezahlt, dass die Beschäftigten nicht, aus dem Leistungsbezug aussteigen können. Und das Bestehen einer Community aus dem Herkunftsland kann leicht zum Bumerang werden, wenn es zu Gettoisierung kommt und ein vermeintliches „Übermaß“ an Migrantinnen und Migranten von der Bevölkerung als Problem empfunden und der Migrationshintergrund zum Stigma wird. Um zu verhindern, dass diese Problemlagen zu einer weiteren Spaltung und Polarisierung der Städte führen, bedarf es eines integrativen Ansatzes der Stadtpolitik, der die verschiedenen Fragestellungen wie Bildung, Armutsbekämpfung, die Wohnungsproblematik, Stadtteilentwicklung aber auch den Bereich Beschäftigungspolitik zu einer wirksamen Strategie verbindet. Unter der Überschrift „Soziale Stadtpolitik – Ein politisches Konzept für mehr Chancengerechtigkeit“ stellen René Böhme, Rolf Prigge, Thomas Schwarzer eine solche politische Strategie u.a. anhand von lokalen Beispielen vor und zeigen zugleich, wie die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren auf Bundes- und Europaebene gestellt werden müssen.

Sie stellen zudem dar, dass es zum einen *zwischen* zum anderen aber auch *innerhalb* der Städte große Unterschiede gibt. Während einige prosperierten und dort nahezu Vollbeschäftigung herrsche, verharre die Zahl der Langzeitarbeitslosen in anderen auf hohem Niveau. Dazu kommt auch eine Spaltung innerhalb der Städte: In den benachteiligten Wohngebieten seien vor allem Kinder von

Armut und Ausgrenzung bedroht. Um sie zu unterstützen sind frühe Hilfen, Kitas und ganztägige Bildung und Betreuung in der Schule Schlüsselfaktoren.

Ein Bild der Stadt, das diese aber nur als Problem begreift, wird ihr nicht gerecht. Städte sind immer auch Innovationsmotor gewesen und das in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Das weiß die Arbeiterbewegung aus eigener Erfahrung. Nicht nur weil in den Städten viele unterschiedliche Menschen zusammen kommen und man immer „freier“ gelebt hat, haben sich moderne Formen des Zusammenlebens hier als erstes etabliert. Auch der beschriebene hohe Problemdruck führt dazu, dass in Städten schneller Lösungen für die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels gefunden werden müssen, die an anderer Stelle übernommen werden können. Der Blick auf die Städte bleibt also spannend.

Schwerpunktbeiträge

Im Heftschwerpunkt befassen sich PolitikerInnen, VertreterInnen der Zivilgesellschaft und WissenschaftlerInnen mit den unterschiedlichsten Aspekten von Stadtpolitik. Bereits erwähnt wurden die Beiträge von Björn Böhning sowie René Böhme, Rolf Prigge und Thomas Schwarzer.

Daniel Gardemin zeichnet den Wandel in den Städten hin zur heutigen Gentrifizierung nach. Bereits in den 1970er Jahren zog es die jungen aufsteigenden Milieus in die Städte. Diese Entwicklung hält immer noch an. Das liegt auch daran, dass sich das Bild der Stadt inzwischen gewandelt hat. Während sie früher mit Lärm und Schmutz in Verbindung gebracht wurde, assoziiert man mit ihr heute auch Naherholung, Grünflächen und Ruhe. Heute sind es vor allem die jungen Familien und die Senioren, die sich vom Land ab- und den Städten zuwenden. Gerade in Vierteln, in denen die Rahmenbedingungen stimmen,

werde es dadurch schwierig, Wohnraum zu ergattern. In den angesagten Stadtteilen führt das Nebeneinander von Gutverdienern und Armutsgefährdeten, die auch (noch) dort wohnen zu Konfliktpotenzial: Gardemin weist darauf hin, dass nicht nur Mietpreissteigerung, sondern auch der hippe Lebensstil der neu Hinzugezogenen ausgrenzende Wirkung für die alten Einwohner hat. Er fordert Schutz für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen und dass der Staat mit der privaten Wohnungswirtschaft wieder in Konkurrenz tritt.

Laura Valentukeviciute zeigt an vier Beispielen, wie die Rekommunalisierung von Public Private Partnership (PPP) auf unterschiedlichsten Wegen gelingen kann. So wurden in Paris die Verträge mit privaten Anbietern der Wasserversorgung nicht verlängert. Ausschlaggebend dafür war die Entscheidung des Pariser Bürgermeisters. In Berlin hingegen stritt die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Das Ergebnis war die einvernehmliche Auflösung der Verträge zwischen Stadt und privatem Versorger. In Grenoble wurden die Verträge mit den privaten Versorgern wegen Korruption für nichtig erklärt, nachdem Bürgerinitiativen und Gewerkschaften gemeinsam jahrelang vor Gericht dafür gekämpft hatten. In Potsdam wiederum setzte die Stadt selbst der Wasserprivatisierung ein Ende.

Ausgehend von der Frage, wie der Strukturwandel gestaltet werden kann befasst sich *Ole Erdmann* in seinem Beitrag mit den Chancen der lokalen Ökonomie. Er stellt zunächst die Unterschiede zwischen Strukturpolitik und lokaler Ökonomie dar und zeigt anschließend auf, welche Instrumente (bspw. das Programm „soziale Stadt“) und Ansätze (bspw. unternehmerische Wirtschaftsförderung) lokaler Ökonomie es gibt. Die Stärke der lokalen Ökonomie liegt darin, dass hier auch soziale und ökologische Aspekte einfließen. Außerdem hat die lokale Ökonomie aufgrund

niedriger Transaktionskosten einen Wettbewerbsvorteil. Das liegt auch daran, dass sie lokales Wissen und lokale Finanzierungsmöglichkeiten nutzt. Entscheidend ist für die lokale Ökonomie laut Erdmann, nicht nur Unternehmen und öffentliche Institutionen, sondern auch Beschäftigte und lokale Zivilgesellschaft einzubeziehen.

Am Beispiel Hamburg macht *Jutta Blankau* deutlich, wie Wohnungspolitik für die Generation 60+ und älter gestaltet werden kann. Ausgangspunkt ihres Beitrages ist die Frage, welchen Herausforderungen die Stadt durch den demographischen Wandel bewältigen muss. Sie stellt dar, welche Maßnahmen in Hamburg ergriffen worden sind, um altersgerechtes Wohnen zu ermöglichen – etwa durch die Förderung des Baus barrierefreier Wohnungen zu bezahlbaren Preisen. Darüber hinaus wird aber auch der Umbau bestehender Wohnungen gefördert. Aber nicht nur Wohnungen, auch Stadtteile müssten altersgerecht und barrierefrei gestaltet werden. ■

☞ Myriam Riedel ist Geschäftsführerin des Forums DL21.

☞ Sarah Ryglewski ist Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, stellvertretende Landesvorsitzende der Bremer SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.